

Protokoll Nr. 38 (2023-2027) über die öffentliche Sitzung des Beirates Hemelingen

Sitzungstag: 25.06.2026 Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr Sitzungsende: 20:30 Uhr Sitzungsort:
Bürgerhaus Hemelingen
Godehardstraße 4
Sitzungssaal (großer Anbau)

Anwesend:

Vom Ortsamt

Jörn Hermening
Marc Liedtke

Vom Beirat

Kerstin Biegemann
Ralf Bohr
Jens Dennhardt
Heinz Hoffhenke
Tom Hundak
Uwe Jahn
Yunas Kaya (ab 19:30 Uhr)
Dr. Christian Kornek
Elisabeth Laß
Waltraut Otten
Ingo Tebje
Christa Wilke
Reinhard Zwilling

Referent: innen / Gäste

Birgit Benke (Stadtteilmarketing Hemelingen)

sowie weitere am Stadtteilgeschehen interessierte Personen

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.06.2026 und Rückmeldungen

TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

TOP 3: Vorstellung der Arbeit des Stadtteilmarketings Hemelingen

TOP 4: CDU Antrag Nutzungskonzept Puddingschule

TOP 5: Antrag der Grünen-Fraktion zum Thema Straßennamen neue Baugebiete

TOP 6: Antrag der Grünen-Fraktionen: Müll im Stadtteil

TOP 7: Beiratsverschiedenes

Nicht-öffentliche Sitzung im Anschluss

Jörn Hermening eröffnet die Sitzung.

Ralf Bohr stellt stellvertretend für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN einen Eilantrag „Erhalt der Gartenhütte und des Quartierstreffpunkt am Spielplatz Dammerbergstraße 10“ des Hemelinger Kulturgarten DAMMI e.V. i. G.

Dr. Christian Kornek findet es nicht zielführend das Thema heute zu besprechen.

Ralf Bohr ist anderer Meinung. Er plädiert dafür die Entscheidung nicht der Baubehörde zu überlassen und einen Beschluss des Beirats herbeizuführen.

Ingo Tebje stimmt dem zu, einen Beschluss zu fassen ist aus seiner Sicht sinnvoll.

Jörn Hermening schlägt vor, das Thema, falls gewünscht, unter Beiratsverschiedenes aufzurufen.

Elisabeth Laß ist nicht klar, warum das Thema zu einem späteren Zeitpunkt behandelt werden sollte. Da derzeit Anhörungen und Fristen laufen, sollte das Thema aus ihrer Sicht in der heutigen Sitzung behandelt werden.

Jörn Hermening lässt über die Dringlichkeit abstimmen:

Stellungnahme: Ablehnung (5 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Elisabeth Laß hat nicht mit abgestimmt. Yunas Kaya war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

Da zu dem mit der Einladung versandten Vorschlag zur Tagesordnung von den Beiratsmitgliedern keine weiteren Änderungs-/Ergänzungswünsche geäußert werden, gilt dieser als beschlossen.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.06.2026 und Rückmeldungen

Das Protokoll der Sitzung vom 04.06.2026 wird genehmigt.

Rückmeldungen

Nachtrag Präsentation Grundschule Glockenstraße zum Thema PPP-Modell

Von unserem Immobiliendienstleister Immobilien Bremen habe ich die Rückmeldung erhalten, dass dies durchaus möglich sei, jedoch zum aktuellen Projektstand noch keine verbindliche Aussage dazu getroffen werden kann.

Das Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsprüfung, die zwei Varianten umfasst, wird den Umfang der Bauaufgabe klarer definieren und die Grundlage für die Entscheidung über die gewählte Verfahrensart sowie gegebenenfalls auch die Bauweise bilden.

Nachtrag Präsentation Bremer Umweltberatung zum Thema Herstellungskosten von Dachbegrünungen Nachgereicht von Elke Meier (Bremer Umwelt Beratung)

Der Mittlerer Herstellungspreis beträgt ca. 150,- /m² bei einer Förderung von 25% der Kosten (max. 45,- /m²).

Die Rechnung ergibt sich aus 58 Anträgen aus dem Herbst 2025. Individuelle, bauliche Bedingungen beeinflussen den Preis.

auf Beiratsbeschlüsse

017-2026-B Winterdienst Mäusetunnel

Antwort von SUKW vom 10.06.:

Der kombinierte Geh-/ Radweg der Hohensteiner Straße von der Hastedter Heerstraße bis Uelzener Straße wird umgehend in den Winterdienst aufgenommen.

Anmerkung: Der Bereich von der Hastedter Heerstraße bis zum Rampenbereich des Tunnels liegt gemäß Bremischen Landesstraßengesetz in der Anliegerverpflichtung, erfahrungsgemäß kommen viele Anlieger ihren Pflichten nur zum Teil nach. Um eine durchgehende verlässliche Strecke zu gewährleisten, übernimmt die DBS -freiwillige Teilstrecke ohne rechtliche Verpflichtung.

018-2026-B Stichtagsregelung für die Umsetzung der Gesetzeslage im Glücksspiel

Antwort vom SIS vom 22.06.:

Dem Beschluss kann nicht nachgegangen werden. Das von Ihnen vorgeschlagene Vorgehen ist rechtlich leider nicht möglich. Die Stichtagsregelung, auf die Sie abzielen, bezog sich auf zeitlich befristete Erlaubnisse. Gaststätten sind davon nicht betroffen,

Das Aufstellen von Geldspielgeräten in Gaststätten setzt -echten Gaststättenbetrieb voraus. Daher ist bei Aufstellorten wie z.B. Tank- und Rastanlagen ein Einschreiten grundsätzlich möglich.

Sofern Ihnen derartige Standorte bekannt sein sollten, geben Sie uns diese bitte weiter.

035-2026-B Grünstation Hemelingen

Antwort von SUKW vom 10.06.:

Für das Jahr 2025 ergeben sich folgende Kennzahlen:

Geplante Öffnungstage: 166

Tatsächliche Schließtage: 32

Davon 1 Tag planmäßig geschlossen

31 Tage ungeplant geschlossen

Tatsächliche Öffnungsquote: 81%

Schließquote: 19%

auf Anliegen von Bürger: innen

Ausfahrt Drebberstraße – parkendes PKW

Ist an Polizei und Ordnungsamt weitergegeben worden. Die zuständigen Stellen waren schon vor Ort und haben den Bereich weiter im Blick.

Grünstreifen in der Bennigsenstraße

Der Grünstreifen ist inzwischen gemäht worden.

Müllablagerungen/Farbe Kluvenhagener Straße

Ist an die zuständigen Stellen weitergegeben worden.

Nachpflanzung Bäume Westerholzstraße

Kein neuer Sachstand.

TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

Es gibt keine Meldungen.

TOP 3: Vorstellung der Arbeit des Stadtteilmarketings Hemelingen

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Birgit Benke anwesend und präsentiert wie folgt (Anlage 1):

- Birgit Behnke stellt sich selbst, die Aufgaben, die Organisation und die Entwicklung des Stadtteilmarketings Hemelingen vor. Das Stadtteilmarketing wird institutionell durch die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Transformation gefördert und arbeitet als wirtschaftlicher Verein mit einem ehrenamtlichen Vorstand und einer Geschäftsstelle.
- Das Stadtteilmarketing verfolgt das Ziel, die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung Hemelingsens zu fördern. Dazu arbeitet es eng mit Unternehmen, Vereinen, Institutionen, Behörden und weiteren Akteuren im Stadtteil zusammen.
- Seit ihrer Übernahme der Geschäftsstelle im Jahr 2014 hat sich der Verein kontinuierlich weiterentwickelt. Die Mitgliederzahl ist von 43 auf rund 140 gestiegen. Das Stadtteilmarketing verfügt inzwischen über die höchste Mitgliederzahl aller Stadtteilmarketingvereine in Bremen.
- Das Stadtteilmarketing unterstützt Unternehmen, Vereine und Initiativen unter anderem durch Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen, Netzwerkarbeit, Social-Media-Angebote, das Stadtteilmagazin, Branchenverzeichnisse sowie Werbe- und Marketingmaßnahmen.
- Darüber hinaus werden Stadtteilstefte, Aktionen zur Belegung von Leerständen, Fahrradtouren, Aufräumaktionen, Business-Treffen sowie zahlreiche weitere Projekte und Veranstaltungen organisiert oder begleitet.
- Vereine können finanzielle Unterstützung für Veranstaltungen erhalten. Außerdem stellt das Stadtteilmarketing Räume für Besprechungen und Veranstaltungen zur Verfügung und unterstützt deren Bewerbung.
- Besondere Bedeutung misst Behnke der Netzwerkarbeit bei. Das Stadtteilmarketing arbeitet unter anderem mit den Bremer Stadtteilmarketingvereinen, dem Arbeitskreis Inklusion, Schulen, Kultureinrichtungen und zahlreichen lokalen Initiativen zusammen.
- Künftige Schwerpunkte sind der weitere Ausbau der Netzwerkarbeit, die Digitalisierung und der Einsatz von Künstlicher Intelligenz, Barrierefreiheit, Nachhaltigkeit, die Unterstützung gemeinnütziger Vereine sowie die Weiterentwicklung des Stadtteilstefstes HEVIE und weiterer Veranstaltungsformate.

Diskussion:

Dr. Christian Kornek bedankt sich für die Arbeit des Stadtteilmarketings. Er hebt das große Engagement hervor und betont, dass Hemelingen sich glücklich schätzen kann, über ein so aktives und erfolgreiches Stadtteilmarketing zu verfügen.

Heinz Hoffhenke würdigt ebenfalls die Entwicklung des Stadtteilmarketings und insbesondere den Slogan „Fünf Teile sind ein Ganzes“. Gleichzeitig spricht er die häufige Verwechslung zwischen dem Ortsteil Hemelingen und dem Stadtteil Hemelingen an. Er regt an, zu prüfen, ob der Stadtteil künftig eindeutiger bezeichnet werden könnte, um Missverständnisse, beispielsweise bei Berichten oder Statistiken, zu vermeiden.

AW: Birgit Behnke erklärt, dass das Stadtteilmarketing mit dem Slogan „Fünf Teile sind ein Ganzes“ bewusst auf die fünf Ortsteile des Stadtteils Hemelingen

aufmerksam macht. Nach ihrer Erfahrung ist vielen Menschen, die z.B. in Hastedt leben, zunächst nicht bewusst gewesen, dass sie zum Stadtteil Hemelingen gehören. Sie weist darauf hin, dass Veröffentlichungen des Stadtteilmarketings im Weser-Kurier stets unter der Bezeichnung „Stadtteilmarketing Hemelingen“ erscheinen und in allen Ausgaben des Stadtteils veröffentlicht werden. Darüber hinaus sind sämtliche Presseveröffentlichungen auf der Internetseite des Stadtteilmarketings abrufbar.

Ralf Bohr bedankt sich für das langjährige Engagement von Birgit Behnke und würdigt die kontinuierliche Arbeit des Stadtteilmarketings. Zudem erkundigt er sich nach der Arbeit der Lenkungsrunde. Er erinnert daran, dass diese früher regelmäßig getagt hat und fragt, welche Themen dort derzeit behandelt werden.

AW: Birgit Behnke erläutert, dass die Lenkungsrunde inzwischen nicht mehr vier-, sondern zweimal jährlich tagt. Jeder Ortsteil entsendet eine Vertretung sowie eine Stellvertretung. In den Sitzungen berichten die Teilnehmenden über aktuelle Entwicklungen in den einzelnen Ortsteilen; grundsätzliche Entscheidungen werden dort jedoch nicht getroffen. Lediglich die Verteilung der Ortsteilzuschüsse zum Jahresende wird in der Lenkungsrunde beraten. Über jede Sitzung wird ein Protokoll erstellt und den Vertretungen zur Verfügung gestellt. Änderungen der Geschäftsordnung würden dort ebenfalls vorbereitet und abgestimmt. Die letzte Sitzung hat Anfang Juni stattgefunden.

TOP 4: CDU Antrag Nutzungskonzept Puddingschule

Dr. Christian Kornek stellt den Antrag vor (Anlage 1).

Alternativer Antrag: der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf Abriss und Veräußerung der Puddingschule

Ralf Bohr stellt den alternativen Antrag vor (Anlage 2).

Diskussion:

Ein Bürger kritisiert den seit vielen Jahren bestehenden Leerstand der Immobilie und bemängelt, dass trotz wiederholter Initiativen aus Politik und Beirat keine Fortschritte erzielt worden sind. Aus seiner Sicht scheitert eine Lösung vor allem an langwierigen Abstimmungsprozessen zwischen den zuständigen Behörden. Dies ist für die Bürger:innen kaum nachvollziehbar und führt zu wachsender Unzufriedenheit mit der Politik. Er begrüßt daher die vorliegenden Anträge, da sie erneut Bewegung in die Angelegenheit bringen könnten.

Dr. Christian Kornek äußert sich überrascht darüber, dass Bündnis 90/DIE GRÜNEN Anträge zu Themen eingebracht haben, zu denen sich zuvor bereits die CDU-Fraktion positioniert hat. Er merkt an, dass sich die Anträge inhaltlich überschneiden.

Ingo Tebje erklärt, dass es grundsätzlich sinnvoll ist, wenn zu einem Thema mehrere Anträge vorliegen. Den Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN hält er jedoch für zielführender. Für diesen kündigt er einen Änderungsantrag an: Neben einem Verkauf der Immobilie soll ausdrücklich auch die Vergabe im Erbbaurecht als mögliche Option aufgenommen werden.

Jens Dennhardt weist darauf hin, dass sich der Beirat bereits mehrfach für eine Entwicklung der Immobilie eingesetzt hat. Er regt an, die beiden vorliegenden Anträge möglichst zusammenzuführen. Während er den CDU-Antrag wegen seiner größeren Offenheit

grundsätzlich positiv bewertet, kann der Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN möglicherweise schneller zu einer Lösung führen. Zugleich kritisiert er, dass potenzielle Investoren bislang die Kosten für Altlasten und Sanierungsmaßnahmen hätten tragen sollen, obwohl diese aus seiner Sicht nicht von ihnen verursacht wurden. Abschließend verweist er darauf, dass die angespannte Finanzlage Bremens die Unterhaltung öffentlicher Gebäude zusätzlich erschwert.

Ralf Bohr erklärt, dass die Grünenfraktion den Änderungsantrag der Linken übernimmt. Darüber hinaus verweist er auf Erfahrungen mit anderen sanierungsbedürftigen Gebäuden, bei denen sich ein Abriss letztlich als wirtschaftlich sinnvoller erwiesen hat. Aufgrund des schlechten baulichen Zustands und der erheblichen Schadstoffbelastung ist das Gebäude für Investoren wenig attraktiv. Auch frühere Überlegungen einer Nutzung durch das Bildungsressort sind deshalb verworfen worden. Aus seiner Sicht sollte das Gebäude daher abgerissen werden, um das Grundstück für eine neue Entwicklung vorzubereiten. Dadurch könnten neue Perspektiven, beispielsweise für Wohnungsbau und andere Nutzungen, geschaffen und der langjährige Stillstand beendet werden.

Die Anträge werden alternativ zueinander abgestimmt.

Zum Antrag der CDU:
4 Ja-Stimmen

Zum Antrag von Bündnis 90/Die Grünen:
8 Ja-Stimmen

Enthaltungen:
1 Enthaltung

Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen ist damit angenommen.

Abschließend stellt Jörn Hermening fest, dass im Beirat Einigkeit darüber besteht, dass die Entwicklung der Immobilie vorangebracht werden muss. Er bedauert, dass im Vorfeld keine gemeinsame Lösung gefunden worden ist, bedankt sich jedoch dafür, dass das Thema erneut aufgegriffen wurde.

TOP 5: Antrag der Grünen-Fraktion zum Thema Straßennamen neue Baugebiete

Kerstin Biegemann stellt den Antrag kurz vor (Anlage 3).

Diskussion:

Jens Dennhardt erklärt, dass der Antrag zahlreiche sinnvolle Grundsätze für die Benennung von Straßen und Plätzen enthält. Hierzu zählen unter anderem die stärkere Berücksichtigung plattdeutscher Bezeichnungen, eine ausgewogenere Benennung nach Frauen sowie Namen mit einem erkennbaren Bezug zum Stadtteil. Er hält den Antrag jedoch nicht für beschlussreif, da er künftige Beiräte nicht binden kann. Zudem verweist er darauf, dass die Benennung von Wegen im Rennbahngelände zunächst, und wie ursprünglich vorgesehen, im Regionalausschuss beraten werden soll. Daher werde die SPD-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

Dr. Christian Kornek erklärt, dass die CDU-Fraktion den Antrag ablehnt. Aus ihrer Sicht hat der Beirat derzeit wichtigere Herausforderungen im Stadtteil zu bewältigen. Ein Konzept zur Benennung von Straßen und Plätzen hat daher derzeit keine Priorität.

Kerstin Biegemann hinterfragt, inwieweit sich die Fraktionen von SPD und CDU an die im Geschäftsführungsausschuss getroffenen Verabredungen gebunden fühlen. Sie verweist auf das Protokoll des Geschäftsführungsausschusses (GFA) vom 04.02.2026, in dem vereinbart worden ist, die Benennung des Rennbahngeländes und des dortigen Weges zunächst in den Fraktionen sowie gemeinsam mit dem Regionalausschuss Rennbahn und dem Beirat Vahr zu beraten und gegebenenfalls einen Namenswettbewerb durchzuführen. Vor diesem Hintergrund kritisiert sie, dass SPD und CDU bereits eigene Namensvorschläge eingebracht haben. Zudem hebt sie die Bedeutung des GFA für die Vorbereitung der Beiratsarbeit hervor und bedauert, dass die dort erzielten Verständigungen aus ihrer Sicht nicht eingehalten worden sind.

Ralf Bohr erläutert, dass Straßen und Quartiere häufig nach einem einheitlichen thematischen Konzept benannt werden. Als Beispiele nennt er bestehende Wohngebiete, in denen sich die Straßennamen an bestimmten Regionen oder historischen Bezügen orientieren. Ziel des vorliegenden Antrags ist daher nicht die Festlegung einzelner Straßennamen, sondern die Entwicklung eines grundsätzlichen Konzepts für zukünftige Benennungen. Gerade bei der Entwicklung des Rennbahngeländes kann durch passende Namen an die Geschichte des Ortes erinnert werden. Darüber hinaus verweist Bohr auf die bereits im Geschäftsführungsausschuss getroffene Vereinbarung, die Benennung des Weges über das Rennbahngelände gemeinsam mit dem Regionalausschuss Rennbahn und dem Beirat Vahr zu beraten. Positiv hebt er das frühere Beteiligungsverfahren mit Wettbewerb zur Namensfindung für das Hemelinger Brauerviertel hervor, das den historischen Bezug des Quartiers erfolgreich aufgegriffen hat.

Dr. Christian Kornek stellt klar, dass der GFA ausschließlich vorbereitende Aufgaben wahrnimmt. Die Entscheidungskompetenz liegt stets beim Beirat, der Themen jederzeit an sich ziehen und abschließend darüber entscheiden kann. Daher sind Beschlüsse oder Verabredungen des Geschäftsführungsausschusses, wie auch aus anderen Ausschüssen, für den Beirat nicht bindend.

Ingo Tebje betont, dass die Benennung von Straßen und Plätzen zu den originären Aufgaben des Beirats gehört. Deshalb ist es sinnvoll, für neue Baugebiete frühzeitig ein Konzept mit einheitlichen Kriterien für die Namensvergabe zu entwickeln. Dies gilt insbesondere für größere Entwicklungsgebiete wie das Brauerviertel. Hinsichtlich der Benennung eines Weges nach James Last spricht er sich dafür aus, zunächst das vorgesehene Beratungsverfahren im Regionalausschuss abzuwarten. Zugleich räumt er ein, dass ein heutiger Beirat künftige Beiräte nicht dauerhaft binden kann. Er regt daher an, den konzeptionellen Ansatz zunächst auf konkrete anstehende Baugebiete zu beschränken, anstatt allgemeine Vorgaben für alle zukünftigen Benennungen festzulegen.

Jens Dennhardt schließt sich dem grundsätzlichen Ziel eines Konzepts für Straßenbenennungen an und bezeichnet den Antrag als geeignete Arbeitsgrundlage für zukünftige Fälle. Er erinnert jedoch daran, dass bereits im GFA über die mögliche Benennung eines Weges auf dem Rennbahngelände nach James Last gesprochen worden ist. Zudem weist er darauf hin, dass der heutige Beirat künftige Beiräte nicht an Vorgaben zur Benennung von Straßen binden kann. Daher hält er eine entsprechende Beschlussfassung derzeit nicht für sinnvoll.

Kerstin Biegemann widerspricht der Darstellung von Jens Dennhardt und verweist auf die im GFA getroffene Vereinbarung, für die Benennung des Rennbahngeländes eine Bürgerbeteiligung durchzuführen. Sie kritisiert, dass der gemeinsame Antrag von SPD und CDU mit einem konkreten Namensvorschlag dieses Verfahren aus ihrer Sicht vorwegnimmt. Nach ihrer Auffassung sollte die Geschichte eines Ortes bei der Namensgebung berücksichtigt werden. Daher halte sie eine Benennung eines Weges auf dem Rennbahngelände nach James Last für ungeeignet, da dieser keinen unmittelbaren Bezug zur Rennbahn hat. Stattdessen könnte sie sich eine Benennung nach Last an anderer Stelle,

beispielsweise im Bereich Rennbahn-West, vorstellen. Abschließend betont sie, dass der Antrag darauf abziele, für zukünftige Baugebiete ein transparentes Verfahren mit Bürgerbeteiligung und einem konzeptionellen Ansatz für Straßenbenennungen zu etablieren.

Abstimmung:

Stellungnahme: Ablehnung (6 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

TOP 6: Antrag der Grünen-Fraktionen: Müll im Stadtteil

Ralf Bohr stellt den Antrag vor (Anlage 4)

Diskussion:

Jens Dennhardt erklärt, dass die SPD-Fraktion den Antrag unterstützt. Die darin enthaltenen Forderungen entsprechen der bisherigen Linie des Beirats, insbesondere hinsichtlich einer temporären Videoüberwachung an kriminalitätsbelasteten Orten. Er verweist darauf, dass sich der Beirat bereits mehrfach mit diesem Thema befasst hat und die Diskussion inzwischen auch auf Landesebene geführt wird.

Reinhard Zwilling spricht sich ausdrücklich für den Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN aus. Zwar sieht er den Einsatz von Videoüberwachung grundsätzlich kritisch, hält diese im vorliegenden Fall jedoch für gerechtfertigt. Nach seiner Einschätzung wird ein erheblicher Teil der illegalen Müllablagerungen von gewerblichen Entrümpelungs- und Handwerksbetrieben verursacht. Um diese Verstöße wirksam verfolgen zu können, ist eine Videoüberwachung mit der Möglichkeit zur Erfassung von Fahrzeugkennzeichen sinnvoll.

Ingo Tebje erklärt, dass seine Fraktion die grundsätzliche Zielrichtung des Antrags unterstützt, insbesondere die Forderung, den betroffenen Bereich in die Prioritätenliste aufzunehmen. Zur vorgesehenen temporären Videoüberwachung äußert er jedoch Vorbehalte. Neben datenschutzrechtlichen Fragen muss auch geprüft werden, ob eine solche Maßnahme tatsächlich wirksam ist oder illegale Müllablagerungen lediglich an andere Orte verlagere. Da sich der Beirat nach der Sommerpause ohnehin noch einmal umfassend mit möglichen Maßnahmen gegen illegale Müllentsorgung befassen wird, schlägt er vor, die Entscheidung über diesen Punkt bis dahin zurückzustellen.

Jörn Hermening stellt fest, dass zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke zu entscheiden ist. Dieser sieht vor, den Passus zur temporären Videoüberwachung aus dem Antrag zu streichen.

Ingo Tebje erläutert, dass seine Fraktion den Antrag ohne diesen Passus unterstützen würde. Über die Frage einer Videoüberwachung soll jedoch nach der Sommerpause im Rahmen einer umfassenden Beratung zu Maßnahmen gegen illegale Müllablagerungen entschieden werden.

Yunas Kaya begrüßt den Antrag grundsätzlich. Ergänzend regt er an, langfristig ein eigenes Konzept für Hemelingen zur Vermeidung illegaler Müllablagerungen zu entwickeln. Dabei sollten neben ordnungsrechtlichen Maßnahmen auch Aufklärung und Beratung, etwa zur richtigen Mülltrennung, sowie bestehende Angebote wie der Mängelmelder stärker genutzt werden.

Jörn Hermening weist darauf hin, dass der Quartiersservice künftig wieder verstärkt Informations- und Aufklärungsarbeit leisten kann. Zudem erinnert er an frühere Projekte zur Sensibilisierung der Bevölkerung und regt an, diese gemeinsam mit dem Beirat und dem Ortsamt weiterzuentwickeln.

Da die antragstellende Fraktion den Änderungsantrag nicht übernimmt, kündigt Jörn Hermening an, entsprechend der Geschäftsordnung zunächst über den Änderungsantrag abstimmen zu lassen.

Abstimmung:

Stellungnahme: Ablehnung (2 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen)

Anschließend lässt Jörn Hermening über den ursprünglichen Antrag abstimmen:

Stellungnahme: Zustimmung (11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

Der Antrag wird angenommen.

TOP 7: Beiratsverschiedenes

Globalmittelvergabe

044 – Tage der offenen Ateliers

Antragsteller: Bremer Kunst Werke – Matthias Haun

Gesamtausgaben: 4.980,00 €

Antragssumme: 1.730,00 €

Vorschlag aus dem GFA: 1.730,00 €

Uwe Jahn erklärt, dass seine Fraktion den Antrag grundsätzlich unterstütze. Die Finanzierung von wiederverwendbaren Bannern hält sie für sinnvoll und nachhaltig. Für die beantragten Flyer sieht sie dagegen einen geringeren Nutzen. Daher schlägt er vor, den Zuschuss auf 1.000 Euro zu begrenzen.

Ralf Bohr spricht sich für die Bewilligung der beantragten Fördersumme aus. Er verweist auf die positive Entwicklung des Künstlerstandorts im ehemaligen Werksgebäude und die erfolgreiche Durchführung des Tags der offenen Tür im Vorjahr, der Besucher:innen auch über den Stadtteil hinaus angezogen hat. Zusätzliche Werbemaßnahmen könnten die Bekanntheit des Projekts weiter steigern und Hemelingen als Kulturstandort stärken. Zudem weist er darauf hin, dass der beantragte Zuschuss lediglich einen Teil der Gesamtkosten abdeckt.

Jörn Hermening lässt zunächst über den Änderungsantrag der SPD abstimmen, den Zuschuss auf 1.000 Euro zu begrenzen.

Stellungnahme: Zustimmung (7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

Anschließend lässt Jörn Hermening über den entsprechend geänderten Antrag abstimmen.

Stellungnahme: Zustimmung (12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltung)

Damit wurden für das Projekt 1.000€ vergeben.

Ingo Tebje hat nicht an der Abstimmung teilgenommen.

Nächste Beiratssitzung

Die nächste Beiratssitzung soll am 13.08.2026 um 19:00 Uhr im Bürgerhaus Hemelingen stattfinden.

Geplante Themen:

- Innere Sicherheit – die Senatorin für Inneres und Sport Dr. Eva Högl wird anwesend sein
- Müll im Stadtteil
- Antrag der Fraktion Die Linke zum Thema Heizkosten in den Vonovia Blocks

gez. Hermening
Vorsitzender

gez. Jahn
Beiratssprecher

gez. Liedtke
Protokoll